

Exposé  
zur Dissertation

vorläufiger Titel der Dissertation

**Die Berufspflicht-Haftpflichtversicherung von Vermögensschäden auf Claims-made-Basis – ein  
Konzept für die Zukunft?**

Verfasserin: ..... Mag. Anna-Katharina Leitinger

Matrikel-Nr.: ..... 01010718

Angestrebter akademischer Grad: ..... Doktor der Rechtswissenschaften (Doctor iuris)

Studienkennzahl lt. Studienblatt: ..... UA 783 101

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt: ..... Rechtswissenschaften

Betreut von: ..... Univ.-Prof. Dr. Attila Fenyves

Wien, Februar 2020

## Inhaltsverzeichnis

|  |    |
|--|----|
| A. Einführung.....   | 3  |
| B. Problemstellung .....   | 4  |
| 1. Nachdeckung.....  | 5  |
| 2. Rückwärtsdeckung .....  | 6  |
| 3. Zeitliche und summenmäßige Begrenzung der Versicherungssumme..... | 6  |
| C. Vorläufiger Zeitplan .....  | 8  |
| D. Vorläufige Gliederung.....  | 9  |
| E. Vorläufiges Literatur- und Judikaturverzeichnis .....             | 11 |
| 1. Monografien, Lehrbücher.....                                      | 11 |
| 2. Aufsätze in Zeitschriften .....                                   | 13 |
| 3. Entscheidungen den OGH .....                                      | 14 |
| 4. Entscheidungen des VwGH.....                                      | 15 |
| 5. Entscheidungen des BGH.....                                       | 15 |

## A. Einführung

Über 50 Bundesgesetze normieren eine gesetzliche Verpflichtung zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung.<sup>1</sup> Eine Gruppe umfasst Fälle, in denen im Gesetz eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung<sup>2</sup> bzw. eine Haftpflichtversicherung von aus der beruflichen Tätigkeit entstehenden Schadenersatzansprüchen,<sup>3</sup> als berufliche Zulassungsvoraussetzung normiert wird. Zum Abschluss einer Berufspflicht-Haftpflichtversicherung zur Deckung von Vermögensschäden sind Versicherungsvermittler<sup>4</sup>, gewerbliche Vermögensberater<sup>5</sup>, Immobilienreuhänder<sup>6</sup>, Wirtschaftstreuhänder,<sup>7</sup> Rechtsanwälte<sup>8</sup> und Patentanwälte<sup>9</sup> sowie Notare<sup>10</sup> und allgemein beedete und gerichtlich zertifizierte Sachverständiger und Dolmetscher<sup>11</sup> verpflichtet. Neben der Einschränkung der Vertragsabschlussfreiheit<sup>12</sup> wird in mehreren Gesetzesstellen auch eine inhaltliche Ausgestaltung des Versicherungsvertrages festgelegt. Meistens ist die Mindestversicherungssumme<sup>13</sup> und teilweise die Jahreshöchstleistung<sup>14</sup> geregelt. Daneben werden auch Bestimmungen hinsichtlich des zeitlichen Versicherungsschutzes vorgenommen.<sup>15</sup> Eine Einheitlichkeit der beruflichen Zulassungsvoraussetzungen ist nicht zu erkennen.<sup>16</sup>

Der Eingriff in die Vertragsfreiheit rechtfertigt sich durch die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Pflicht-Haftpflichtversicherung: durch einen gesetzlich festgelegten Deckungsumfang wird der Geschädigte vor einer mangelnden Zahlungsfähigkeit des Schädigers als auch der Schädiger vor einer wirtschaftlichen Überforderung geschützt.<sup>17</sup> Trotzdem ist die Pflicht-Haftpflichtversicherung keine „*all-risk-Versicherung*“. Deckungsbegrenzungen und Risikoausschlüsse sind erlaubt, dürfen aber dem

---

<sup>1</sup> Rubin in Fenyves/Kissling/Perner/Rubin 17.

<sup>2</sup> §§ 117 Abs 7 und 136a Abs 12 GewO 1994; § 11 Abs 1 WTBG.

<sup>3</sup> § 137c Abs 1 GewO 1994; § 21a Abs 1 RAO; § 21a Abs 1 PatentanwaltsG; § 30 Abs 1 NO; § 2a Abs 1 SDG.

<sup>4</sup> § 137c Abs 1 GewO 1994.

<sup>5</sup> § 136a Abs 12 GewO 1994.

<sup>6</sup> § 117 Abs 7 GewO 1994.

<sup>7</sup> § 11 Abs 1 WTBG.

<sup>8</sup> § 21a Abs 1 RAO.

<sup>9</sup> § 21a Abs 1 PatentanwaltsG.

<sup>10</sup> § 30 Abs 1 NO.

<sup>11</sup> § 2a Abs 1 SDG.

<sup>12</sup> Ehrenzweig, *Versicherungsvertragsrecht* 359; Schauer, *Versicherungsvertragsrecht*<sup>3</sup> 90f; Lemmel in *Basedow/Fock* 100; zur verfassungsrechtlichen Betrachtungsweise Raschauer, VR 2005, 35.

<sup>13</sup> §§ 117 Abs 7, 136a Abs 12 und 137c Abs 1 GewO 1994; § 11 Abs 3 WTBG; § 21a Abs 3 RAO; § 21a Abs 3 PatentanwaltsG; § 30 Abs 2 NO; § 2a Abs 2 SDG.

<sup>14</sup> §§ 117 Abs 7, 136a Abs 12 und 137c Abs 1 GewO 1994.

<sup>15</sup> § 137c Abs 1 GewO 1994; § 21a Abs 5 RAO; § 21a Abs 5 PatentanwaltsG; § 30 Abs 4 NO; § 2a Abs 3 SDG.

<sup>16</sup> Siehe näher zu den inhaltlichen Ausgestaltungen *Hinteregger*, VR 2005, 44.

<sup>17</sup> Fenyves in *Fenyves/Schauer*, *VersVG*<sup>2</sup> § 158b Rz 3, 15; Raschauer, VR 2005, 35, 36; Schauer, *Versicherungsvertragsrecht*<sup>3</sup> 410 ff.

Schutz des Dritten nicht erheblich entgegenstehen.<sup>18</sup> Für die Vertragsgestaltung sind die „üblichen Risikoausschlüsse und –begrenzungen“ zu beachten.<sup>19</sup>

Je nach beruflicher Tätigkeit gewährt die Haftpflichtversicherung bei Eintritt des Versicherungsfalls, d.h. bei der „*Verwirklichung des versicherten Risikos*“<sup>20</sup>, Versicherungsschutz für Vermögensschäden und/oder Personen- und Sachschäden. Der konkrete Eintritt des Versicherungsfalls ist im Gesetz nicht näher definiert.<sup>21</sup> Für die Definition ist an die Allgemeinen Versicherungsbedingungen anzuknüpfen,<sup>22</sup> wobei das Versicherungsfallprinzip je Schadensart variiert.

Versicherungsfall der Allgemeinen Haftpflichtversicherung von Personen- und Sachschäden ist das Schadenereignisprinzip, d.h. für den Eintritt des Versicherungsfalls ist das Ereignis ausschlaggebend, „aus welchem dem Versicherungsnehmer Schadenersatzansprüche erwachsen oder erwachsen können“.<sup>23</sup> Bei Sachschäden durch Umweltstörung ist der Versicherungsfall „die erste nachprüfbare Feststellung einer Umweltstörung, aus welcher dem Versicherungsnehmer Schadenersatzverpflichtungen erwachsen oder erwachsen können“<sup>24</sup> (Manifestationsprinzip).

Der Versicherungsfall von Vermögensschäden ist in der Regel das Verstoßprinzip, d.h. für den Eintritt des Versicherungsfalls ist der Zeitpunkt der Pflichtverletzung entscheidend.<sup>25</sup>

Die Bedingungspraxis zeigt jedoch auch, dass Berufspflicht-Haftpflichtversicherungen auf Claims-made-Basis, d.h. Versicherungsfall ist die Anspruchserhebung, abgeschlossen werden.<sup>26</sup>

## B. Problemstellung

Für die in der Einführung erwähnten beruflichen Tätigkeiten werden keine inhaltlichen Vorgaben bezüglich des Versicherungsfallprinzips getroffen. Bei fehlenden Vorgaben durch den Gesetzgeber

---

<sup>18</sup> OGH 27.02.2019, 7 Ob 14/19p, ZVers 2019, 209.

<sup>19</sup> RIS-Justiz RS0125940; Fenyves, VR 2005, 70, 74;

<sup>20</sup> Ehrenzweig, Versicherungsvertragsrecht 161; Schauer, Versicherungsvertragsrecht<sup>3</sup> 188;

<sup>21</sup> Schauer, Versicherungsvertragsrecht<sup>3</sup> 401; Fenyves in Fenyves/Schauer, VersVG<sup>2</sup> § 1 Rz 45.

<sup>22</sup> OGH 09.07.2014, 7Ob 70/14s, VersE 2511.

<sup>23</sup> Art 1.1. Allgemeine Bedingungen für die Haftpflichtversicherung der VVO (AHVB 2005), Version 2012

<sup>24</sup> Art 6 Pkt 3.1.1 AHVB 2005, Version 2012.

<sup>25</sup> Abschnitt B Pkt 1.2 Allgemeine Ergänzende Bedingungen für die Haftpflichtversicherung der VVO (EHVB 2005), Version 2012.

<sup>26</sup> Der OGH beschäftigt sich mit dem Claims-made-Prinzip in Berufspflicht-Haftpflichtversicherungen einerseits in der E vom 17.05.2017, 7 Ob 204/16z, VersE 2627, für Vermögensberater und andererseits in der E vom 24.05.2018, 7Ob 182/17s, VersE 2663, für Wertpapierdienstleistungsunternehmen. Die Allgemeinen Versicherungsbedingungen zur Haftpflichtversicherung für Vermögensschäden (AVBV) 01/2005 von Höher Insurance Service GmbH beruhen auf Claims-made-Basis [https://www.hoeher.info/wpcontent/uploads/2016/11/B\\_00\\_2005\\_01\\_AVBV.pdf](https://www.hoeher.info/wpcontent/uploads/2016/11/B_00_2005_01_AVBV.pdf) (abgefragt am 19.10.2019). Weitere Verweise auf das Claims-made-Prinzip: Maitz, AHVB/EHVB 12; Rubin, eolex 2018, 802, 804; Schriever in Halm/Engelbrecht/Krahe Rz 9.

ergibt sich im Wege der teleologischen Interpretation der inhaltliche Gestaltungsspielraum nach den üblichen Deckungsbegrenzungen und üblichen Risikoausschlüssen.<sup>27</sup>

Das in der Praxis übliche Versicherungsfallprinzip bei Vermögensschaden-Haftpflichtversicherungsverträgen ist das Verstoßprinzip.<sup>28</sup> Das Claims-made-Prinzip ist das übliche Versicherungsfallprinzip im Bereich der D&O-Versicherung (Managerhaftpflichtversicherung).<sup>29</sup> Der Versicherungsfall nach dem Claims-made-Prinzip „ist die erstmalige Geltendmachung eines Haftpflichtanspruchs gegen eine versicherte Person während der Dauer des Versicherungsvertrags“.<sup>30</sup>

Da sich diese zwei Prinzipien unterschiedlich auf den Versicherungsschutz auswirken, stellt sich die Frage, ob beide Prinzipien den gesetzlichen Anforderungen bzw. dem Willen des Gesetzgebers entsprechen. Die drei wesentlichen Auswirkungen sind:

### 1. Nachdeckung

Charakteristisch für das Verstoßprinzip ist die unlimitierte Nachdeckung. Der Versicherungsfall nach dem Verstoßprinzip ist auch dann gegeben, wenn der Schaden erst nach Vertragslaufzeit eintritt, sofern der Verstoß während dem Vertrag gesetzt wurde<sup>31</sup>. Der Versicherer trägt dadurch ein umfassendes Risiko für Spätschäden: Versicherungsschutz wird für alle Verstöße gewährt, die während dem Vertrag gesetzt wurden. Risikoerhöhend für den Versicherer ist, dass zwischen dem Verstoß und dem tatsächlichen Eintritt des Schadens ein langer Zeitraum liegen kann<sup>32</sup>.

Eine Nachdeckung, für Schadenersatzverpflichtungen die nach der Vertragslaufzeit geltend gemacht werden, lässt sich aus dem gegenwartsbezogenen Anspruchserhebungsprinzip ohne vertragliche

---

<sup>27</sup> Fenyves, VR 2005, 70, 74.

<sup>28</sup> Maitz, AHVB/EHVB 12; Hartjes in Reisinger 136; Aichinger/Koban in FS Fenyves 445; Gisch in Ratka/Rauter Rz 8/32; Evelyn Völkl/Wolfgang Völkl, ÖJZ 2008, 41, 43;

<sup>29</sup> Gruber/Mitterlechner/Wax, wbl 2012, 16; in der E des OGH vom 24.05.2018, 7Ob 182/17s, RdW 2018,710, wird darauf hingewiesen, dass das Anspruchserhebungsprinzip bei D&O-Versicherungen üblicherweise verwendet wird.

<sup>30</sup> Pkt A-2 Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung von Aufsichtsräten, Vorständen und Geschäftsführern Musterbedingungen des GDV (AVB D&O), Stand: Mai 2019.

<sup>31</sup> In Anlehnung an Art 5 Allgemeine Versicherungsbedingungen zur Haftpflichtversicherung für Vermögensschäden (AVBV) 01/2005 sind nur solche Versicherungsfälle gedeckt, die im zeitlichen Geltungsbereich gem. Art 2 AVBV 01/2005 liegen. Gem. Art 2.3 AVBV 01/2005 sind auch solche Schadenersatzansprüche gedeckt, welche nach Vertragsablauf, aber innerhalb der Nachhaftungsperiode geltend gemacht werden, wenn sich der Verstoß während der Versicherungsdauer ereignet hat. In diesem Zusammenhang hat der OGH (17.05.2017, 7Ob 204/16z, VersE 2627) festgestellt, dass ein gedeckter Versicherungsfall aufgrund der vertraglichen Regelungen gem. Art 2.3 AVBV 01/2005 auch dann vorliegt, wenn er zwar erst nach Vertragslaufzeit, aber während der Nachhaftungszeit eintritt, soweit der Verstoß während dem Vertrag gesetzt wurde.

<sup>32</sup> Aichinger in Müller Rz 1185; Schimikowski in Ruffel/Halbach/Schimikowski, VVG<sup>3</sup> § 100 Rz 11; Cyrus, NZG 2018, 7, 10.

Modifikation<sup>33</sup> nicht herleiten: da hier nur auf das einzige Merkmal der Anspruchserhebung abgestellt wird<sup>34</sup>, erstreckt sich der Versicherungsschutz nicht auf Schadenersatzansprüche die erst nach Vertragslaufzeit geltend gemacht werden.

## 2. Rückwärtsdeckung

Der Gegenpol der Nachdeckung ist die Rückwärtsdeckung für Verstöße, die vor der Vertragslaufzeit gesetzt wurden aber erst während dem Vertrag eingetreten sind. Da das Charakteristikum des Verstoßprinzips die Verstoßsetzung während der Vertragslaufzeit ist, wird keine Rückwärtsdeckung gewährt.<sup>35</sup>

Aus der dem Claims-made-Prinzip kennzeichnenden Anspruchserhebung folgt hingegen eine umfassende Rückwärtsdeckung, da der Zeitpunkt der Verstoßsetzung unerheblich ist. Versicherungsverträge auf claims-made-Basis gewähren Versicherungsschutz für Ansprüche, die während des Vertrags geltend gemacht werden und die aus Verstößen resultieren, die bereits vor der Vertragslaufzeit gesetzt wurden.<sup>36</sup>

## 3. Zeitliche und summenmäßige Begrenzung der Versicherungssumme

Die konkrete Höhe der Versicherungssumme sowie die weiteren Modalitäten des Versicherungsschutzes richten sich beim Verstoßprinzip nach den Bedingungen zum Zeitpunkt des Versicherungsfalleintritts,<sup>37</sup> d.h. der Verstoß ist der jeweiligen Versicherungsperiode zuzurechnen, in dem er gesetzt wurde (Verstoßjahr). Daraus folgt, dass sich die Höhe der Versicherungssumme nach den Bedingungen bestimmt, die im Verstoßjahr vereinbart wurden und nicht nach den im aktuellen Vertrag vereinbarten Bedingungen.

Beim Claims-made-Prinzip richten sich die Höhe der Versicherungssummen sowie die weiteren Modalitäten des Versicherungsschutzes nach den Bedingungen zum Zeitpunkt der Anspruchserhebung.<sup>38</sup> D.h. auch wenn der Verstoß in der Vergangenheit gesetzt wurde, sind die Vertragsbedingungen der laufenden Vertragsperiode anzuwenden. Zugerechnet werden somit alle Verstöße aus der Vergangenheit und der aktuellen Versicherungslaufzeit der aktuellen Vertragsperiode<sup>39</sup>.

---

<sup>33</sup> Kelch, VW 1998, 677.

<sup>34</sup> Gruber/Mitterlechner/Wax, wbl 2012, 16, 17.

<sup>35</sup> Beckmann in Beckmann/Matusche-Beckmann, § 28 Rz 109a.

<sup>36</sup> Kelch, VW 1998, 677; Langheid in Langheid/Rixecker, VVG<sup>6</sup> § 100 Rz 65.

<sup>37</sup> Aichinger/Koban in FS Fenyves 445.

<sup>38</sup> Aichinger in Müller Rz 1168.

<sup>39</sup> Fitsch, ecolex 2019, 495, 498.

Diese genannten Auswirkungen zeigen, dass es für den Versicherungsschutz einen erheblichen Unterschied macht, ob der Vertrag auf Claims-made-Basis oder Verstoß-Basis abgeschlossen wird. In weiterer Folge stellt sich die Frage, welche Auswirkungen ein Wechsel des Versicherungsvertrages vom Claims-made-Prinzip auf das Verstoßprinzip und umgekehrt hat und welche vertraglichen Modifikationen sinnvoll erscheinen um die negativen Auswirkungen zu minimieren.

Da der jeweilige Grad des Versicherungsnehmer- und Gläubigerschutzes von der Wahl des Versicherungsfallprinzips abhängt,<sup>40</sup> befasst sich dieses Forschungsvorhaben mit der Frage, ob nach den Willen des Gesetzgebers<sup>41</sup> das Claims-made-Prinzip im Bereich der Berufspflicht-Haftpflichtversicherung vereinbart werden kann. Fraglich ist wo die zeitlichen und summenmäßigen Untergrenzen der Versicherbarkeit liegen.

Im Ergebnis soll gezeigt werden, ob das Claims-made-Prinzip unter Berücksichtigung der Spätschadenproblematik bei Vermögensschäden eine Alternative zu den derzeitigen üblichen Deckungskonzepten für die Zukunft darstellen kann.

---

<sup>40</sup> *Fitsch*, *ecolex* 2019, 495, 498.

<sup>41</sup> Hat der Gesetzgeber keine konkreten Inhaltsvorgaben angeordnet, ist anhand der teleologischen Interpretation der Wille des Gesetzgebers zu interpretieren, siehe näher *Fenyves*, *VR* 2005, 70, 74.

### C. Vorläufiger Zeitplan

Wintersemester 2019/2020:

- Seminar zur Vorstellung und Diskussion des Dissertationsvorhabens
- VO zur rechtswissenschaftlichen Methodenlehre
- Abschluss der Dissertationsvereinbarung
- Einreichung des Exposés und Antrag auf Genehmigung des Dissertationsvorhabens

Sommersemester 2020:

- Recherche und Verfassen der Dissertation
- Seminare aus dem Dissertationsfach

Wintersemester 2020/2021:

- Recherche und Verfassen der Dissertation
- Seminare aus dem Dissertationsfach

Sommersemester 2021:

- Fertigstellung und Abgabe der Dissertation
- Einreichung und Defensio



## D. Vorläufige Gliederung

### **A. Einführung in das Berufspflicht-Haftpflichtversicherungsrecht zur Deckung von Vermögensschäden**

1. Die Berufspflicht-Haftpflichtversicherung als Pflichtversicherung iSd § 158c VersVG
2. Die Einschränkung der Vertragsfreiheit und der Vertragsabschlussfreiheit
3. Der Schutzzweck der Berufspflicht-Haftpflichtversicherung

### **B. Der Versicherungsfall in der Berufspflicht-Haftpflichtversicherung**

1. Der Versicherungsfall
2. Die Verknüpfung des Versicherungsfalls mit dem versicherten Zeitraum
3. Die Versicherungsfallprinzipien nach der chronologischen Reihenfolge eines Vermögensschadens
4. Ergebnis

### **C. Der Inhalt der Berufspflicht-Haftpflichtversicherungen**

1. Einleitung
2. Die einzelnen Berufspflicht-Haftpflichtversicherungen zur Deckung von Vermögensschäden
  - 2.1. Die Haftpflichtversicherung des Versicherungsvermittlers gem. § 137c Abs 1 GewO 1994
  - 2.2. Die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung des gewerblichen Vermögensberaters gem. § 136a Abs 12 GewO 1994
  - 2.3. Die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung des Immobilientreuhänder gem. § 117 Abs 7 GewO 1994
  - 2.4. Die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung des Wirtschaftstreuhänders gem. § 11 Abs 1 WTBG
  - 2.5. Die Haftpflichtversicherung des Rechtsanwalts gem. § 21a Abs 1 RAO und des Patentanwalts gem. § 21a PatentanwaltsG
  - 2.6. Die Haftpflichtversicherung der Notare gem. § 30 Abs 1 NO
  - 2.7. Die Haftpflichtversicherung der allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständiger und Dolmetscher gem. § 2a Abs 1 SDG
3. Zwischenergebnis
4. Die Auslegung des gesetzlichen Inhalts
5. Der Inhalt der Berufspflicht-Haftpflichtversicherung nach dem VersVG
6. Die gesetzliche Kontrolle der Einhaltung der Anforderungen
7. Ergebnis

## **D. Die Anwendbarkeit des Claims-made-Prinzips in Allgemeinen und Ergänzenden Versicherungsbedingungen**

### 1. AGB-Kontrolle

#### 1.1. Geltungskontrolle des Claims-made-Prinzips

#### 1.2. Inhaltskontrolle des Claims-made-Prinzips

### 2. Vertragsauslegung

### 3. Deckungsbegrenzungen und –erweiterungen durch die Anwendbarkeit des Claims-made-Prinzips

### 4. Ergebnis

E. Vorläufiges Literatur- und Judikaturverzeichnis

1. Monographien, Lehrbücher

*Armbrüster*, Privatversicherungsrecht (2013)

*Basedow/Fock* (Hrsg), Europäisches Versicherungsvertragsrecht (2002)

*Beckmann/Matusche-Beckmann* (Hrsg), Versicherungsrechts-Handbuch<sup>3</sup> (2015)

*Birds*, Insurance Law in the United Kingdom<sup>2</sup> (2014)

*Bydlinski F.*, Juristische Methodenlehre und Rechtsbegriff (1982)

*Cannon/McGurk*, Professional Indemnity Insurance<sup>2</sup> (2016)

*Dallwig*, Deckungsbegrenzungen in der Pflichtversicherung (2011)

*Diringer*, Prinzipien der Auslegung von Allgemeinen Versicherungsbedingungen (2015)

*Ehrenzweig*, Deutsches (Österreichisches) Versicherungsvertragsrecht (1952)

*Fenyves/Koban*, Allgemeine Versicherungsbedingungen<sup>5</sup> (2015)

*Fenyves/Schauer*(Hrsg), VersVG-Versicherungsvertragsgesetz<sup>2</sup> (2014)

*Fenyves/Kissling/Perner/Rubin* (Hrsg), Compulsory Liability Insurance from a European Perspective (2016)

*Grabler/Stolzlechner/Wendl* (Hrsg), Kommentar zur GewO<sup>3</sup> (2011)

*Gruber/Mitterlechner/Wax*, D&O-Versicherung mit internationalen Bezügen (2012)

*Grubmann*, VersVG Das Versicherungsvertragsgesetz<sup>7</sup> (2017)

*Halm/Engelbrecht/Krahe* (Hrsg), Handbuch des Fachanwalts Versicherungsrecht<sup>6</sup> (2018)

*Höra* (Hrsg), Münchener Anwalts Handbuch Versicherungsrecht<sup>3</sup> (2013)

*Jabornegg/Kerschner/Riedler* (Hrsg), Haftung und Versicherung: Festschrift für Rudolf Reischauer (2010)

*Kath*, Rechtsfragen bei Verwendung Allgemeiner Versicherungsbedingungen: Gestaltung, Einbeziehung, Kontrolle und Unwirksamkeit der AVB (2007)

*Koch/Werber/Winter* (Hrsg), Der Forschung – der Lehre – der Bildung 100 Jahre Hamburger Seminar für Versicherungswissenschaft und Versicherungswissenschaftlicher Verein in Hamburg e.V. (2016)

*Kollhosser/Dörner/Ehlers/Pohlmann/Steinmeyer/Schulze* (Hrsg), Geltung und Transparenz Allgemeiner Geschäft- und Versicherungsbedingungen (nach österreichischem Recht) (2006)

*Koziol/Bydlinski P./Bollenberger* (Hrsg), ABGB Kurzkomentar<sup>4</sup> (2014)

*Lange*, D&O-Versicherung und Managerhaftung (2014)

*Langheid/Wandt* (Hrsg), Münchener Kommentar zum VVG<sup>2</sup> (2017)

*Leidenmühler* (Hrsg), Grundprinzipien im Binnenmarkt: Beiträge zum 16. Österreichischen Europarechtstag 2016 in Linz (2017)

*Maitz*, AHVB/EHVB Allgemeine und Ergänzende Allgemeine Bedingungen für die Haftpflichtversicherung Kommentar (2018)

*Müller* (Hrsg), Handbuch-Stiftungsmanagement (2014)

*Perner/Rubin/Spitzer/Vonkilch* (Hrsg), FS für Attila Fenyves (2013)

*Prölss/Martin* (Hrsg), Versicherungsvertragsgesetz: VVG<sup>30</sup> (2018)

*Ratka/Rauter* (Hrsg), Handbuch Geschäftsführerhaftung (2011)

*Reisinger* (Hrsg), Schriftenreihe zum Versicherungsrecht II Die Haftpflichtversicherung (2017)

*Rüffer/Halbach/Schimikowski* (Hrsg), Versicherungsvertragsgesetz<sup>3</sup> (2015)

*Schauer*, Versicherungsvertragsrecht<sup>3</sup> (1995)

*Schramm*, Das Anspruchserhebungsprinzip (2009)

*Straube/Gisch/Berisha* (Hrsg), Österreichisches Versicherungsvertragsrecht<sup>2</sup> (2017)

*Veith/Gräfe/Gebert* (Hrsg), Der Versicherungsprozess<sup>3</sup> (2016)

*Wieser*, Versicherungsvertragsrecht<sup>3</sup> (2015)

## 2. Aufsätze in Zeitschriften

*Armbrüster*, Die Rechtsfolgen übermäßiger Deckungsbegrenzungen in der Pflichtversicherung, *VersR* 2009, 150

*Baumann*, Versicherungsfall und zeitliche Abgrenzung des Versicherungsschutzes in der D&O-Versicherung, *NZG* 2010, 1366

*Bruns*, Konvergenz des Versicherungsvertragsrechts in Europa?, *ZVersWiss* 2016, 481

*Cyrus*, Neue Entwicklungen in der D&O-Versicherung, *NZG* 2018, 7

*Fenyves*, Deutsches und österreichisches Versicherungsvertragsrecht – Gemeinsamkeiten und Unterschiede, *ZVersWiss* 2016, 463

*Fenyves*, Versicherungsvertragliche Grundlagen der Pflichthaftpflichtversicherung, *VR* 2005, 70

*Fenyves*, Die Behandlung der Hepatitis-C Fälle in der Haftpflichtversicherung, *JB1* 2002, 205

*Fitsch*, Aktuelles zur Pflichtversicherung für Versicherungsvermittler gem. § 137c Abs 1 GewO, *ecolex* 2019, 495

*Gruber/Mitterlechner/Wax*, Das claims-made-Prinzip in der D&O-Versicherung, *wbl* 2012, 16

*Grams*, Verstoß- und Claims-made-Prinzip in der Berufshaftpflichtversicherung der rechts- und wirtschaftsberatenden Berufe, *Stbg* 2004, Heft 2, 88

*Hinteregger*, Die Pflichthaftpflichtversicherung aus zivilrechtlicher Sicht, *VR* 2005, 44

*Hohlbein*, Schadenereignis und Anspruchserhebung Einige vergleichende Anmerkungen zu Occurrence und Claims-made, *VW* 1996, 690

*Kelch*, Der Versicherungsfall in der Haftpflichtversicherung oder warum eigentlich nicht Claims-made? VW 1998, 677

*Lange*, Praxisfragen der D&O-Versicherung, DStR 2002, 1674

*Lauer*, Grenzen der Versicherbarkeit in der Haftpflichtversicherung, VR 2005, 31

*Lehmann*, Ausgewählte Rechtsfragen der Berufshaftpflichtversicherung der freien Berufe unter besonderer Berücksichtigung aktueller Rechtsprechung, r+s 2016, 1

*Looschelders*, Der Risikoausschluss bei vorsätzlicher oder wissentlicher Pflichtversicherung – Auswirkungen auf die Rechtsstellung der VN und anderer Versicherter, VersR 2018, 1413

*Raschauer*, Die Pflichthaftpflichtversicherung aus verfassungsrechtlicher Sicht, VR 2005, 35

*Rubin*, Obligatorische Deckungsvorsorge von Versicherungsvermittler (§ 137c GewO 1994), ecolex 2018, 802

*Schramm*, Das Anspruchserhebungsprinzip: ein Deckungskonzept in der Haftpflichtversicherung mit Zukunft? ZVersWiss 2006, 285

*Völkl Evelyn/Völkl Wolfgang*, Die Haftung der rechtsberatenden Berufe im Spiegel der Rechtsprechung III/2017, ÖJZ 2018, 709

*Völkl Evelyn/Völkl Wolfgang*, Die Rechtsprechung zu den Bedingungen der Haftpflichtversicherung von Vermögensschäden für die rechtsberatenden Berufe, ÖJZ 2008, 41

### 3. Entscheidungen des OGH

OGH 04.09.1968, 7 Ob 145/68

OGH 09.07.1992, 7 Ob 16/92

OGH, 16.02.1994, 1Ob 601/93

OGH 27.03.1995, 1 Ob 543/95

OGH 24.02.1998, 7 Ob 380/97a

OGH 11.03.1998, 3 Ob 2135/96h

OGH 15.07.1999, 6 Ob 67/99t

OGH 22.02.2007, 3 Ob 248/06a

OGH 27.08.2008, 7 Ob 62/08f

OGH 29.01.2014, 7 Ob 208/13h  
OGH 19.11.2015, 7 Ob 137/15w  
OGH 17.05.2017, 7Ob 204/16z  
OGH 24.05.2018, 7Ob 182/17s  
OGH 04.07.2018, 7 Ob 32/18h

#### 4. Entscheidungen des VwGH

VwGH 15.05.2009, 2007/08/0189

#### 5. Entscheidungen des BGH

BGH 12.12.1990, IV ZR 213/89  
BGH 07.07.1993, IV ZR 131/92  
BGH 27.05.1998, IV ZR 166/97  
BGH 24.01.2007, IV ZR 208/03  
BGH 20.07.2011, IV ZR 75/09